

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Ködlich, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Rübshnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pf. für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postkontokonto Leipzig 86 897.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.  
Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 15.

Mittwoch, den 19. Januar 1921

71. Jahrgang.

## Kurze wichtige Nachrichten.

- Die Eisenbahnerverbände haben in einer Mitteilung die letzten Zugeständnisse als noch um 40 Prozent hinter den Mindestforderungen stehend, abgelehnt. In einer Berliner Versammlung von Eisenbahnern wurde der Beschluß gefaßt, von der Zentralleitung die Streikproklamation zum 1. Februar zu fordern.
- Die alliierten Ministerpräsidenten werden am 21. Januar in Paris zusammentreten. An der Konferenz werden teilnehmen Lloyd George, Sforza und Jaspar.
- Das Sekretariat des Völkerbundes teilt mit, daß ein Antrag Argentiniens für den Völkerbundrat eingegangen ist auf Revision der Verfassung des Völkerbundes. Ein zweiter Antrag Chiles an den Völkerbundrat verlangt die Aufnahme aller Kulturenationen in den Völkerbund.
- Der Tag der Reichsgründung wurde überall von den national gesinnten Teilen der deutschen Bevölkerung und besonders an den Universitäten würdig begangen.
- Bei der Abstimmung des erweiterten Vorstandes des deutschen Eisenbahnerverbandes über die Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses wurden 51 Stimmen für, 20 dagegen und 3 unbeschriebene Zettel abgegeben. Somit ist der Streik abgelehnt.
- Die Wiener Studentenenschaft veranstaltete gestern eine große Kundgebung für den Anschluß an Deutschland.
- Nach Meldungen aus Moskau sollen alle Nachrichten über den Tod oder die Erkrankung Lenins erfunden sein.

## Sächsischer Landtag.

(S. 3.) Dresden, 18. Januar.

Zu Beginn der Dienstag-Sitzung des Landtages wies der Präsident auf die Bedeutung des 18. Januar hin und betonte eindringlich, daß zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes vor allem Einigkeit nottue. — Sodann trat das Haus in die zweite Beratung der Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung der Wahldauer der Mitglieder des Landeskulturrates ein, wobei auch ein kommunistischer Antrag, der eine sofortige Neuordnung des Landeskulturrates mit der Maßnahme forderte, daß der maßgebende Einfluß im Landeskulturrat der Arbeiterschaft eingeräumt werden solle, beraten werden sollte. Die Kommunisten zogen ihren Antrag aber zugunsten eines unabhängigen Antrages zurück, der die Regierung aufforderte, möglichst schnell eine Gesetzesvorlage über die Neuordnung des Landeskulturrates einzubringen. Von Regierungsseite, sowie von bürgerlicher und mehrheitssozialistischer Seite wurde betont, daß der kommunistische Antrag durchaus indiskutabel sei. Schließlich wurde der Antrag auf Verlängerung der Wahldauer dem Haushaltsausschuß A gegen die Stimmen der Kommunisten und der unabhängige Antrag mit einer Stimme Mehrheit gegen alle Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Auszubehträge auf Gewährung der Rinderzulagen und Ortszuschläge für Beamte und Lehrer, wurden nach längerer Debatte wieder an den Haushaltsausschuß A zurückgewiesen, weil die sozialistischen Parteien sich der Begründung des Finanzministers Heldt anschlossen, der betonte, daß für die 9 Millionen Mark Mehrbelastung, die dem sächsischen Staate durch Annahme der Anträge erwüchse, erst Deduktion gesucht werden müßte. Demgegenüber betonten die bürgerlichen Sprecher, daß die Anträge schnell erledigt werden müßten, um den Ungerechtigkeiten abzuhelfen. Schließlich wurden mit allen sozialistischen gegen alle bürgerlichen Stimmen die Auszubehträge noch einmal an den Haushaltsausschuß A zurückgewiesen. — Der letzte Teil der Tagesordnung befaßte sich mit der Not der Kandidaten des höheren Schulamtes, sowie mit Erleichterungen beim Rücktritt in den sächsischen Schuldienst für die im Ausland tätig gewesenen sächsischen Lehrkräfte und mit der Notlage der Studentenschaft. Hierbei wurde mit Ausnahme der Kommunisten die Notlage allseitig anerkannt und von Regierungsseite betont, daß man den Wünschen des Landtages entgegenkommen würde. Die Kommunisten dagegen traten unter schallender Heiterkeit des Hauses dafür ein, daß Staatsgelder für eine Studienteife nach Sowjetrußland ausgeworfen werden sollten.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 19. Januar, mittags 1 Uhr. — Tagesordnung: Kurze Anfragen, Anmelde-Anträge, Justizanträge.

## Die Zukunft der oberschlesischen Industrie.

Die Interalliierte Kommission hat an die führenden Persönlichkeiten der oberschlesischen Industrie eine Rundfrage gerichtet, die folgende drei Punkte enthält und um Beantwortung dieser Fragen ersucht.

1. Wird die Existenz der oberschlesischen Industrie durch eine eventuelle ganze oder teilweise Abtretung Oberschlesiens beeinträchtigt?
2. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die ungeklärte Weiterarbeit der einzelnen Industriezweige bei einem ganzen oder teilweisen Uebergang Oberschlesiens an Polen zu sichern?
3. Welche Maßnahmen sind zu treffen, um die bestehenden Verträge, auf Grund derer an die Verwaltungen die notwendigen Rohstoffe geliefert werden und der Abzug ihrer Produktionen gesichert ist, aufrechtzuerhalten?

Sämtliche Antworten deden sich inhaltlich und hingen in dem Urteil aus, daß eine Loslösung Oberschlesiens aus dem deutschen Wirtschaftsgebiete das Todesurteil für die oberschlesische Industrie in allen ihren Teilen für lange Zeit bedeutet.

Die oberschlesische Eisenindustrie ist in bezug auf alles, was zur Aufrechterhaltung der Betriebe erforderlich ist, auf Deutschland angewiesen. In erster Linie gilt dies für die Versorgung mit elektrischen Maschinen, elektrotechnischen Artikeln, Betriebsstoffen, Betriebsmaterialien, Werkzeugen usw. Alle diese Gegenstände und Waren erzeugt Polen nicht und es ist nach ihrer Art auch unmöglich, sie anders woher als aus Deutschland zu beschaffen. Die Versorgung aber von Deutschland her wird, wenn eine politische und eine Zollgrenze zwischen ihm und Oberschlesien errichtet wird, die größten Schwierigkeiten bereiten. Nach Ziehung der Grenzlinie werden sich daher sofort ernste Hemmungen in der Industrie bemerkbar machen. Der wichtigste Betriebsstoff aber zur Aufrechterhaltung der für sämtliche Industriezweige zur Grundbedingung gewordenen Steinkohlenförderung ist Grubenholz, dessen Bedarf in den letzten Jahren nahezu ausschließlich aus Deutschland gedeckt wurde. Polen besitzt zwar ausgezeichnete Waldungen in Galizien und im östlichen Teil von Kongresspolen, der Holzeinschlag und die Transportwege dort liegen aber völlig darnieder, nennenswerte Mengen sind dort überhaupt nicht greifbar. Der Bedarf Oberschlesiens an Grubenholz beträgt rund eine Million Festmeter. Bei der allgemein bestehenden Holzknappheit wird für das Grubenholz, das aus Deutschland nach Oberschlesien geliefert wurde, in Deutschland sofort eine andere Verwendung in der Papierindustrie usw. gefunden werden. Schon infolge von Grubenholzmangel müßten daher die oberschlesischen Steinkohlengruben in kurzem zum Erliegen kommen, Ähnlich und zum Teil noch schlimmer verhält es sich mit der Versorgung anderer Materialien, zum Beispiel bei der Sprengstoffherzeugung.

Völlig unabsehbar sind die Folgen, die die Abtretung für die Kreditverhältnisse der Industrie, zumal die Kapitalkraft der Industrieverwaltungen infolge der auf die Dauer gar nicht zu umgehenden Einführung der polnischen Valuta eine erhebliche Schwächung erfahren wird, haben muß. Vor allen Dingen aber wird die Kapitalbeschaffung nach der Abtretung und voraussichtlich dann noch während langer Zeit-

dauer den größten Schwierigkeiten gegenüberstehen und bestimmt zur Katastrophe führen.

Allein an Löhnungen zahlt die oberschlesische Industrie zurzeit monatlich über 500 Millionen Mark aus. Von der Deutschen Reichsbank werden dann diese Beträge nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. In polnischer Währung machen die Löhnungsgelder 2 einhalb bis 3 Milliarden Mark im Monat aus. Selbst bei höchster Anspannung der polnischen Notenpresse werden die polnischen Bankinstitute sich einer unlöslichen Aufgabe gegenübersehen, abgesehen davon, daß die oberschlesischen Werke im Augenblick keine Anlehnung an polnische Bankinstitute haben. Der erste Tag aber, an dem die Löhne nicht zur Auszahlung gelangen, führt den Zusammenbruch herbei.

Für die oberschlesische Industrie gibt es nur einen Weg, um ihren Untergang aufzuhalten — so geht aus den Antworten auf die Enquete hervor — und das ist der, daß Oberschlesien weiter in enger Verbindung mit dem deutschen Zoll- und Wirtschaftsgebiet bleibt.

## Die Räuberwirtschaft in Oberschlesien.

Katowice, 18. Januar. Am Sonntag nachmittag erschienen bei dem Fleischermeister Rafinski in Karlsruweg bei Birkenthal 15 bis 20 Banditen und richteten in der Wohnung große Verwüstungen an. Rafinski wurde erschossen, ebenso ein Beamter der Absteuergewalt, der mit anderen Beamten zu Hilfe geeilt war und vier Zivilpersonen. Drei Jüdischen wurden sehr schwer verletzt. Die Regierung hat 15 000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgelegt.

Katowice, 18. Januar. Am Freitag abend wurde in die Wohnung eines Oberingenieurs in Karlsruweg eine Brandbombe geworfen, die großen Sachschaden anrichtete. Gestern nachmittag stürmte eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann das Gasthaus der Frau Lach in Potolschewitz und raubte u. a. 40 000 Mark. Der Pfleger der Frau Lach, der deutsch gesinnt ist und schon einmal nach Polen verschleppt worden war, wurde aufs neue von den Banditen weggeführt. Am Tage darauf ist er im Walde bei Potolschewitz tot aufgefunden worden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustand.

Man darf wohl fragen: Wie will die interalliierte Oberbehörde in Oppeln sich gegen den Vorwurf rechtfertigen, daß diese Vorfälle ganz allein der Gleichgültigkeit zuzuschreiben sind, die sie ihrer Pflicht, auch die deutschgesinnten Einwohner des Absteuergewaltgebietes zu schützen, entgegenbringt? Oder steckt dahinter vielleicht gar eine bestimmte Absicht? Die Absicht vielleicht, durch die Grenzschwierigkeiten die Oberbehörde aus dem Reiche von der Fahrt in die Heimat abzuhalten? Zutrauen wäre es den Verord und Konforten ihnen, zuzutrauen auch, daß sie diesem Zwecke ein paar deutsche Menschenleben opfern. Aber es darf, gerade mit Rücksicht auf den hier vermuteten Zweck, wohl verlangt werden, daß die deutsche Regierung mit verdoppeltem Nachdruck die Rechte des Deutschtums wahrt.

## Weitere Antworten auf die 41 Fragen.

Aus der deutschen Antwort auf die 41 Fragen, welche die Entente den deutschen Sachverständigen in Brüssel vorgelegt hat, wird weiter bekannt:

Zur Frage 12 a, inwieweit das jetzt in Geltung stehende Steuerrecht in Deutschland seine volle Vertragsfähigkeit erreicht habe, wird ausgeführt, daß seit Oktober die Veranlagung der verschiedenen Steuern betriebend vor sich geht. Einige Steuern, wie die allgemeine Umsatzsteuer, sowie die Körperschaftsteuer, werden erst nach Schluß des Kalenderjahres 1920 zur Veranlagung kommen.

Auf Frage 12 b: Ist das Steuerrecht jetzt schon voll angewandt? wird geantwortet, daß das Oktoberergebnis bei den Hauptsteuern, der Einkommensteuer und dem Reichsnotopfer, dem erwarteten durchschnittlichen Monatsergebnis entspricht.

Zur Frage 12 c: Sind größere Erträge zu erwarten in den kommenden Jahren ohne neue Steuern durch bessere Ausführung der Steuererhebung und bessere Deklaration? wird ausgeführt, daß eine mäßige Vermehrung infolge von Verbesserungen der Steuerlehre nicht ausgeschlossen erscheint, und daß vielleicht auch ein Mehrertrag von Zöllen erzielt werden könnte, wenn von seiten der alliierten Mächte dem Reiche die Möglichkeit gegeben würde, durch eine genügende Zahl von Beamten und entsprechende Bewaffnung derselben die Grenzkontrolle noch mehr zu verschärfen, daß dagegen eine weitere Steigerung der Einkommensteuer nicht möglich sein dürfte.

Frage 18 wird dahin beantwortet: Der Erlös der deutschen Regierung aus dem Verkauf der Güter (Seeresgut) beträgt 4838 Millionen Mark. Diese Summe ist als Rücknahme bei den Anleihefonds verrechnet worden, so daß sich die Reichsschuld in Höhe dieses Betrages vermindert.